



Antworten der Partei der Humanisten auf die Wahlprüfsteine des VBIO LV Hessen

1. Befristungsregelung, Kettenverträge im Wissenschaftsbetrieb

Wie beabsichtigt Ihre Partei den prekären Beschäftigungsverhältnissen (Stichwort WissZeitVG) in der akademischen Forschung zu begegnen? Die gegenwärtige Situation führt bei vielen jungen Wissenschaftlern zu Zukunftsängsten und Perspektivlosigkeit.

Die Wissenschaft muss, um ihrer gesellschaftlichen Aufgabe gerecht zu werden, sowohl frei von staatlicher Instrumentalisierung, als auch von übermäßigen ökonomischen Zwängen sein. Der prekären Beschäftigungssituation des akademischen Mittelbaus an Hochschulen wollen wir durch strengere Mindestgrenzen für die Laufzeit von befristeten Arbeitsverträgen und einer Förderung von Dauerstellen begegnen.

2. Evolutionslehre

Nimmt nach Ansicht Ihrer Partei die Evolutionslehre im Schulunterricht einen ausreichenden Stellenwert ein (z.B. im Vergleich zum Religions- bzw. Ethikunterricht)?

Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das es jungen Menschen ermöglicht, sich frei von dogmatischen und ideologischen Einflüssen zu selbstständigen und selbstbestimmten Individuen zu entwickeln. Den bekenntnisorientierten Religionsunterricht wollen wir durch eine gemeinsame ethisch-philosophische Bildung ersetzen, die alle Religionen neutral behandelt. Die Vermittlung philosophischer und wissenschaftlicher Erkenntnisse und Arbeitsweisen ist eines unserer Kernanliegen, da sie kritische Reflexion sowie logisch schlüssige und faktenbasierte Argumentation fördern und die Basis für den gesellschaftlichen wie technologischen Fortschritt bilden. In diesem Sinne muss die Evolutionslehre ein integraler Bestandteil der schulischen Bildung sein.

3. Biowissenschaftliche Bildung

Welche Ziele/Maßnahmen verfolgt Ihre Partei, um die fachlichen Aspekte der MINTBildung, insbesondere in den modernen Biowissenschaften, qualitativ zu verbessern?

Plant Ihre Partei Maßnahmen, um die im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Zahl an Schülerlaboren in Hessen zu steigern? Diese Labore sind für die Vermittlung der im Curriculum angegebenen Kompetenzen essentiell und können vielfach nicht durch den regulären Schulunterricht vermittelt werden.

Die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts ist insbesondere durch das vermehrte Aufkommen einiger weniger Schlüsseltechnologien geprägt, die große Chancen für den zivilisatorischen Fortschritt und die Gesellschaft bieten. Die MINT-Fächer sind entscheidende Innovationsbereiche, deshalb muss besonders dort Wert auf eine gute Nachwuchsförderung und -ausbildung gelegt werden. Schulen und Universitäten benötigen dafür eine hervorragende Ausstattung. Deshalb wollen wir u.a. die Forschungsförderung auf 4,5% des BIP anheben, die Zersplitterung der Bildungslandschaft abschaffen und den Bildungsetat erhöhen. Weiterhin möchten wir eine frühzeitige Anbindung von an MINT-Fächern interessierten Schülern an weiterführende Angebote von Universitäten unterstützen, u.a. auch in Form von Schülerlaboren.

4. Curricula

Welche Pläne hat Ihre Partei für die künftige Gestaltung der Biologiecurricula (Sekundarstufe. I und II)? Sind Änderungen geplant und ggf. in welcher Weise?

Die Humanisten arbeiten gerade an einem Konzept zur Reform des Bildungssystems. Im Zuge dessen werden auch die Biologiecurricula umgestaltet. In welcher Art und Weise ist im Detail noch nicht formuliert. Grundsätzlich ist es jedoch unser Ziel, das richtige Wissen zur richtigen Zeit durch Unterstützung der jeweils optimalen Lehr- und Lernmethoden zu vermitteln. Schüler sollen wieder Zeit und Raum haben, selbst die Motivation zu entfalten, um ihre Umgebung zu entdecken, beschreiben und bewerten zu können. Und sie sollen es in ihrer individuell eigenen Entwicklungsstufe tun können. Von diesem grundsätzlichen Wandel wird auch der Biologieunterricht profitieren.

5. Arten- und Naturschutz

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Schulen und Erwachsenenbildung - und damit die vom VBIO vertretenen Ziele von Arten- und Naturschutz - weiter zu entwickeln?

Zu dieser Frage haben wir als junge Partei bisher noch keine Position ausgearbeitet und werden das Thema für die Zukunft mit auf die Agenda nehmen.

6. LOEWE-Programm

Das LOEWE-Programm war bisher sehr erfolgreich und hat einiges in Bewegung gesetzt. Wir befürchten, dass die Finanzierung zu früh beendet wird. Wir halten es für sinnvoll, besonders erfolgreiche Projekte fortzuführen, um die etablierte Infrastruktur und damit den wissenschaftlichen Output zu erhalten. Welche Pläne verfolgt Ihre Partei bei der Fortführung des LOEWE-Programms?

Im Rahmen unserer geplanten Ausweitung des Forschungsetats auf 4,5% des BIP spielen solche Förderprogramme eine wichtige Rolle, gerade durch ihren Fokus auf KMU und staatliche Forschungsstellen. Insofern halten wir nicht nur eine Beibehaltung, sondern sogar eine Ausweitung dieses und anderer Programme für sinnvoll.

7. Gentechnikfreie Regionen

Seit 2014 ist Hessen Mitglied im „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“. Dass sich dieses Bündnis ausschließlich auf Gentechnik in der Landwirtschaft bezieht, wird u.E. nicht ausreichend transparent kommuniziert. Welche Position bezieht Ihre Partei zum „Europäischen Netzwerk gentechnikfreie Regionen“? Halten Sie eine Reduzierung/Abschaffung von Studieninhalten zur molekularen Pflanzenforschung für sinnvoll (kein Bedarf für Absolventen in Hessen)?

Die irrationale und wissenschaftlich nicht gestützte Ablehnung der Gentechnik, besonders im Bereich der grünen Gentechnik, sehen wir mit Sorge. Statt auf Fakten basiert die Politik und Gründung von Verbänden wie dem „Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen“ auf Emotionen und Ängsten. Dabei bietet die Gentechnik großes Potential. Dieses sollten wir fördern und nutzen, um den Herausforderungen unserer Zeit mit den Möglichkeiten unserer Zeit entgegenzutreten. Statt einer Reduzierung der Studieninhalte zur molekularen Pflanzenforschung braucht es stattdessen einen Ausbau. Die Abschaffung von Studieninhalten in dem Bereich lehnen wir ausdrücklich ab.

8. Wahlfreiheit bei Lebensmitteln

Manche Produkte sind nur noch mit dem Siegel „ohne Gentechnik“ zu erhalten. Die Wahlfreiheit ist nicht mehr gegeben. Laut LEH und VLOG bedeutet das Siegel keinen nachweisbaren Nutzen für Gesundheit und Umwelt und bedeutet u.E. eine Manipulation der Verbraucher. Studierende der molekularen Biowissenschaften fühlen sich dadurch verunsichert oder diskreditiert, dass der Verzicht auf ihre Studienexpertise anscheinend ein Qualitätsmerkmal ist. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei treffen, Transparenz und Wahlfreiheit zu gewährleisten sowie die Diskreditierung der modernen Biowissenschaften zu vermeiden?

Wir wollen durch Aufklärung und der Kommunikation wissenschaftlicher Inhalte in die breite Bevölkerung für ein Umdenken sorgen. Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen durch eine allgemeinverständliche, sachliche Darstellung sowie durch kompetente Diskussion in den Medien und in der Öffentlichkeit möglichst breiten Bevölkerungsschichten zugänglich gemacht werden. Daher fordern wir, dass ein fester Anteil aller Fördergelder in die Öffentlichkeitsarbeit fließt. Irreführende „Qualitätssiegel“ müssen überprüft und ggf. reguliert werden.

9. Gen-Editierung

Der EuGH hat kürzlich entschieden, dass die neuen Gen-Editierungsmethoden so zu regulieren sind, wie die konventionelle Gentechnik. Dies führt u.E. zu Reduzierung und letztlich Einstellung von Forschung und Entwicklung besonders im Bereich Pflanzenzucht. Sieht Ihre Partei Handlungsbedarf auf diesem Gebiet und welche Maßnahmen würden Sie ggf. ergreifen?

Das Urteil des EuGH ist zwar juristisch verständlich, jedoch wissenschaftlich absolut nicht nachvollziehbar und sogar fortschrittsfeindlich. Es werden Themen vermischt, Widersprüche konstruiert, Ängste geschürt und Erkenntnisse ideologisch relativiert, um die eigene politische Agenda zu forcieren. Europa bringt sich so um seine Zukunft, sowohl im wissenschaftlichen, als auch wirtschaftlichen Bereich. Sowohl die konventionelle Gentechnik, als auch neuere Gen-Editing-Methoden sollten gefördert werden, da sie großes Potential und Antworten auf drängende Fragen einer modernen Landwirtschaft bieten. Die GVO-Richtlinie sollte deshalb zumindest so überarbeitet werden, dass Freilandversuche mit nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft sicheren Mutagenesemethoden hergestellten genveränderten Pflanzen deutlich einfacher möglich werden.

10. Synthetische Biologie

Welche Position vertritt Ihre Partei zur Nutzung der Synthetischen Biologie? Brauchen wir eine landes- oder bundesweite Strategie für die verantwortungsvolle und erfolgreiche Nutzung dieser Techniken?

Wir vertreten bezüglich dieses Anwendungsgebiets die grundsätzlich gleiche Ansicht wie in der Gentechnik und setzen uns für eine weitgehende Forschungsfreiheit ein. Etwaige gesetzliche Rahmenbedingungen sofern sie erforderlich sein sollten, streben wir auf europäischer und internationaler Ebene an, um dem internationalen Wissenschaftsbetrieb gerecht zu werden.

11. Tierversuche

Unter Berücksichtigung der 3R-Strategien ist der VBIO der Ansicht, dass Tierversuche für den medizinischen Fortschritt, aber auch für Erkenntnisgewinn in der Grundlagenforschung unverzichtbar sind. Die Aktivitäten teilweise militanter Tierschützer nehmen zu und Forschungslabors müssen aufwändige Sicherheitsmaßnahmen treffen, um Mitarbeiter zu schützen. Welche Position nimmt Ihre Partei zu Tierversuchen ein?

Wir verstehen es als unsere ethische Pflicht, für das Wohlergehen von Tieren zu sorgen. Tierversuche wollen wir – wann immer möglich – durch Versuche mit Ersatzmethoden wie Zellkulturen und Biochips ersetzen. Sofern dies nicht möglich ist, muss der zu erwartende Nutzen gegen das entstehende Leid der Versuchstiere abgewogen werden. Uns ist bewusst, dass Tierversuche in einigen notwendigen Bereichen wie der medizinischen Forschung notwendig sein können. Forschung muss auch hier weiterhin möglich bleiben. Als langfristiges Ziel fordern wir die Entwicklung alternativer Testverfahren, die auf die Nutzung von Lebewesen verzichten.

12. Translation von Forschungsergebnissen

Vielversprechende medizinische Therapieansätze stecken im Übergang zur klinischen Erforschung und Etablierung fest. Wie kann Ihre Politik den Prozess beschleunigen?

Welche Position nehmen Sie zur Forschung mit embryonalen Stammzellen ein?

Um den Schritt von den Laboren zu den Bürgern zu schaffen, wollen wir auch die Ausgründungen, also die Gründung von Startups aus der Wissenschaft heraus, fördern. Alle rechtlichen Hürden des freien wissenschaftlichen Austausches werden wir so weit wie möglich unter Wahrung der geistigen Eigentumsrechte der Urheber abbauen. Gleichzeitig schwebt uns eine Reform des Patentrechts vor. U.a. mit dem Ziel, medizinische Forschung zu beschleunigen.

Die embryonale Stammzellenforschung ist in Deutschland aufgrund einer Allianz linker und religiöser Politik nur schwer möglich. Deutschland liegt trotz infrastruktureller Vorteile im europäischen Vergleich weit abgeschlagen auf den hinteren Plätzen. Fakten und nicht Glaube sollten Politik bestimmen. Deutschland muss auch in diesem Bereich wieder konkurrenzfähig werden um seine wissenschaftliche und medizinische Zukunft zu sichern. In diesem Sinne unterstützen wir die sachlich und fachlich begründete Forschung an embryonalen Stammzellen. Weiterhin sollte auch die Forschung an ähnlichen Methoden in diesem Bereich, wie induzierte pluripotente Stammzellen oder direkt reprogrammierte Zellen, verstärkt gefördert werden.